

Bürgermeistersprengel Markgräflerland

Gemeinde Auggen - Gemeinde Badenweiler – Stadt Bad Krozingen – Gemeinde Ballrechten-Dottingen –
Gemeinde Buggingen – Gemeinde Eschbach – Gemeinde Hartheim – Stadt Heitersheim – Stadt Müllheim
– Gemeinde Münstertal – Stadt Neuenburg – Stadt Staufen – Stadt Sulzburg

Sitz des Bürgermeistersprengels Markgräflerland: Stadt Müllheim, Bismarckstraße 3, 79737 Müllheim

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Rapp,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Mielich,
sehr geehrte Frau Landrätin Störr-Ritter,
sehr geehrter Herr Verbandsvorsitzender des ZRF, Landrat Hurth,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagskandidaten,
sehr geehrte Herren Fraktionssprecher im Kreistag Breisgau-Hochschwarzwald,

namens und im Auftrag des Bürgermeistersprengels Markgräflerland mit den Städten und Gemeinden Auggen, Badenweiler, Bad Krozingen, Ballrechten-Dottingen, Buggingen, Eschbach, Hartheim, Heitersheim, Müllheim, Münstertal, Neuenburg, Staufen und Sulzburg, habe ich mich zum uns vorliegenden Entwurf des Nahverkehrsplans, mit einem öffentlichen Brief an Sie zu wenden.

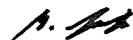
Der nun vorliegende Entwurf stellt aus unserer Sicht nochmals eine deutliche Verschlechterung gegenüber der bestehenden Situation der "ÖPNV Straße" dar. Dies widerspricht dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung der größeren Siedlungen. Zahlreiche Orte wären regelrecht abgehängt und die Bevölkerung dieser Orte wären auf das Auto alternativlos angewiesen. Das kann und darf angesichts des Klimawandels nicht akzeptiert werden und muss dringend nachgebessert werden.

Wir fordern:

1. **Verschlechterungsverbot:** *Es darf für unsere Bürgerinnen und Bürger zumindest keine Verschlechterung der Verbindungen und Taktfrequenzen gegenüber dem bisherigen Nahverkehrsplan geben.*
2. Die **Basisversorgung** darf nicht nur für politische Gemeinden, sondern muss auch für Siedlungsgrößen **ab 1000 Einwohner** gerechnet werden. *Es ist nicht nachvollziehbar warum selbst Ortsteile mit mehr als 1000 Einwohnern abgehängt werden, wenn gleichzeitig Gemeinden mit gleicher oder sogar geringerer Einwohnerzahl versorgt werden nur, weil Sie politisch selbstständige Gemeinden sind.*
3. Die in Aussicht gestellten Steigerungen der Zuschüsse des Landes decken bei genauer Betrachtung nicht einmal die Kostensteigerungen ab. *Wir fordern eine ausreichende Ausstattung des "ÖPNV Straße" durch das Land Baden-Württemberg, wie es in Broschüren und Wahlwerbungen versprochen wurde.*

Es ist unserer Auffassung weder zielführend noch gerecht, und im Übrigen auch nicht wirtschaftlich, wenn nun jede einzelne Gemeinde selbst und je nach Kassenlage zu entscheiden hat, ob ein am Bedarf orientierter öffentlicher Personennahverkehr für die Straße gewährleistet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Löffler

Bürgermeistersprengel Markgräflerland